

»Der *Mittelweg 36* ist in der kritischen Gesellschaftswissenschaft mittlerweile zu einer Institution geworden.«

Süddeutsche Zeitung

Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Mittelweg 36

Dokumente 1-7 Post an die Kommune I, 1967/68

Thema 8-44 8 Heinz Bude Die Arbeitslosigkeitsforschung und der Begriff der sozialen Exklusion 11 Berthold Vogel Biographische Brüche, soziale Ungleichheiten und politische Gestaltung. Bestände und Perspektiven soziologischer Arbeitslosigkeitsforschung 21 Ralf M. Dammiz und Frank Eierdanz Entbettung und Einbeziehung. Über Uneindeutigkeiten im Verhältnis von Prekarität und Exklusion

Literaturbeilage 45-56 Benjamin Ziemann Folter diskutieren. Utilitaristische Aufweichungen des Folterverbots

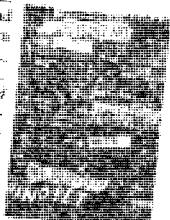
57 Formen des Nihilismus, Nazismus und moderne Metaphysik. Ein Gespräch mit dem Philosophen Dieter Henrich

88 Autoren

89 Gerda Hankel Die Politik der Taschenkarte. Wie das Verteidigungsministerium das humanitäre Völkerrecht relativiert

93 Nachrichten aus dem Institut

94 Aus der Protest-Chronik



Bestellen Sie unser Probeabonnement (3 Ausgaben in Folge) für nur € 20,- inkl. Versand (ohne automatische Verlängerung)

Redaktion Mittelweg 36, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, Tel. 040/414097-0,

E-Mail: zeitschrift@mittelweg36.de

www.mittelweg36.de

Thomas Biebricher

Staatlichkeit, Gouvernamentalität und Neoliberalismus

Bis hin zu seinen Vorlesungen über die *Geschichte der Gouvernamentalität* 1977/78 bleibt der Staat im Denken Michel Foucaults beständig im Hintergrund. Teils in bewusster Abgrenzung von neo-marxistischen Staatstheorien, wie sie in den 70er Jahren von Althusser, Miliband oder Poulantzas entwickelt werden, konzentriert sich sein Forschungsinteresse lange Zeit auf konkrete Technologien der Macht, die gerade in Unabhängigkeit von einem vorgebliehen Zentrum, wie etwa dem Staat, zu untersuchen seien.

Erst mit den Vorlesungen über die Geschichte der Gouvernamentalität widmet sich Foucault daher explizit der Frage des Staates, ohne jedoch eine *Theorie* des Staates formulieren zu wollen, die es zu vermeiden gelte, wie eine ungeießbare Mahlzeit (Foucault 2004b: 114). Das Ergebnis dieser Bemühungen ist eine innovative wenn auch rudimentäre Konzeptionalisierung des Staates, der als Effekt von historisch variablen Regierungsrationalitäten begriffen wird. Streben aus Foucaults Perspektive 'Theorien' des Staates nach einer ahistorischen Wesensbestimmung des Staates, so soll der Zugang über die reflektierten Praktiken des Regierens gerade eine Entsubstantialisierung des Staates bewirken. Dessen veränderte Form und Modus der Machtausübung in verschiedenen Epochen ließe sich demnach auf historisch unterschiedliche Gouvernamentalitäten zurückführen, welche ihrerseits keinerlei globalen Logik gehorchen, sondern aus dem kontingenten Zusammenspiel unterschiedlichster diskursiver und nicht-diskursiver Faktoren hervorgehen.

Im folgenden sollen zunächst die Konturen dieser Staatsanalytik auf der Grundlage unterschiedlicher Regierungsrationalitäten ausgeleuchtet werden (1). Im Anschluss hieran werden gewisse Stärken dieses Ansatzes herausgearbeitet, wie etwa die schon erwähnte Entsubstantialisierung des Staates aber auch die enge konzeptionelle Verbindung zwischen Formierung und Transformation des Staates einerseits sowie individueller und kollektiver Identitäten andererseits (2). Zuletzt soll dieser insgesamt vielversprechende Ansatz im Hinblick auf seine mangelnde Tiefenschärfe problematisiert werden, die sich aus einer gewissen Fixierung auf die Gouvernamentalität des Neo-Liberalismus bzw. einer fehlenden Differenzierung innerhalb dieser Kategorie ergibt (3). Diese Kritik lässt sich in gewisser Weise als analog zu den Argumenten verstehen, die

etwa aus der neo-marxistischen Perspektive Bob Jessops gegen klassisch marxistische Staatstheorien vorgebracht werden.

Nach der hier vertretenen Auffassung verfügt Foucaults staatsanalytischer Ansatz über vielfältige Stärken, bedarf jedoch einer Verfeinerung des theoretisch-konzeptionellen Instrumentariums, um *historisch-spezifische* Gegenwartsdiagnosen im Hinblick auf Staatlichkeit zu entwickeln. Dies Wissen, was unser Heute vom Gestern unterscheidet, hat nicht zuletzt Foucault selbst einmal als Ethos des Kantischen Begriffs der Aufklärung bezeichnet, welches auch seine eigenen Forschungen anleite (Foucault 1990).

1. Staatlichkeit und die Technologien des Regierens

Bei dem Ausdruck 'Gouvernementalität' handelt es sich offensichtlich um einen Neologismus, der zwar nicht von Foucault selbst entwickelt, aber erst in seinen entsprechenden Vorlesungen zu einem umfassenden Konzept ausgearbeitet wird (Lemke 2007a). Entgegen früherer Lesarten (Dean 1999: 16), welche den Ausdruck aus einer Verbindung von Regieren (*gouverner*) und Mentalität (*mentalité*) herleiteten, hat sich mittlerweile eine Interpretation durchgesetzt, der gemäß 'gouvernemental' im Gegensatz zu 'souverain' zu verstehen sei (Senellart 2004). Foucault bezeichnet Gouvernementalität als eine reflektierte Praxis des Regierens, teilweise sogar als „das Selbstbewusstsein des Regierens“ (Foucault 2004b: 14). Bei 'Regierung', einem Konzept, das Foucault als „Leitfaden“ seiner Forschungen bezeichnet (Foucault 2004a: 520), handelt es sich um das 'Führen der Führungen' wie es in dem wenig später erscheinenden Aufsatz *Das Subjekt und die Macht* heißen wird (Foucault 1994a: 252). Dies verweist auf eine Neuorientierung Foucaults was sein Verständnis von Machtverhältnissen angeht, die hier aus Platzgründen jedoch nicht weiter erörtert werden kann.¹

Auf der Grundlage dieser Charakterisierungen wird schon eine erste Besonderheit des Konzepts erkennbar. Foucaults Interesse gilt weder einer historisch-empirischen Policy-Forschung noch einer rein ideengeschichtlichen Aufarbeitung der Literatur über Regierung. Stattdessen sollen diese beiden Aspekte im Konzept der Gouvernementalität zusammengedacht werden. So geht es zwar um eine Analyse konkreter Regierungstechniken, aber vor allem auch um deren Verknüpfung mit bestimmten Formen ihrer Reflexion, oder allgemeiner, bestimmter Rationalitätsformen, in welche jene Techniken eingeschrieben sind. Diese Programme und Pläne der Regierung stellen immer schon eine gewisse Strukturierung der Realität dar und die Geschichte, welche Foucault zu schreiben versucht, betrifft nicht „die Ausführung eines Plans, sondern das,

1 Siehe stattdessen die hervorragenden Rekonstruktionen dieser Transformationen in Foucaults Machtanalytik in Lemke (1997), Saar (2007) und ergänzend Biebricher (2005: 293-302, 325-332).

was 'zwischen' diesen beiden Ebenen [Plan und Ausführung] liegt“ (Lemke 1997: 147). Die Geschichte der Gouvernementalität ist eine Abfolge immer neuer Regierungsprogramme, die von bestimmten Akteuren entworfen werden – und regelmäßig scheitern. Dieses Scheitern erweist sich jedoch immer wieder als funktional für andere Zwecke und Projekte, die möglicherweise von anderen Akteuren verfolgt werden. An dieser Stelle zeigt sich, dass die Geschichte der Gouvernementalität auch immer eine Geschichte von Machtverhältnissen darstellt, da die Effektivität jener Programme nicht nur durch alternative Regierungsprojekte sondern vor allem auch durch die Widerstände, „Verhaltensrevolten“ und „Gegen-Verhaltensformen“ (Foucault 2004a: 292-3) der Regierten beeinträchtigt wird, was wiederum Anlass zu erneuter Reflexion über die 'richtige' Form des Regierens gibt.² Wichtig in diesem Zusammenhang ist jedoch, diese Widerstände nicht allein als negative Zurückweisung von Programmen zu konzeptionalisieren. Laut Foucaults These von der Produktivität von Macht muss hier auch der Frage nachgegangen werden, „in welcher Weise soziale Kämpfe konstitutiv sind für bestimmte Formen von Regierung (statt sie lediglich zu ver- oder behindern)“ (Lemke 2000: 15).

Die Dynamik hinsichtlich der Transformation von Regierungsrationalitäten ist demnach von einer starken Kontingenz gekennzeichnet, welche nicht zuletzt auf die erratische Logik von Auseinandersetzungen über das richtige Regieren zurückzuführen ist. Allerdings, so Foucault, besteht dennoch die Möglichkeit, retrospektiv globale Strategien zu identifizieren, in denen sich lokale Kraftverhältnisse, Taktiken bzw. Projekte des Regierens verstetigen und stabilisieren. Schon in *Der Wille zum Wissen* hatte Foucault von Strategien gesprochen, „in denen sie [Kraftverhältnisse] zur Wirkung gelangen und deren große Linien und institutionelle Kristallisierungen sich in den Staatsapparaten [...] verkörpern“ (Foucault 1998: 113-14).³

Als theoriestrategisch entscheidende Weichenstellung erweist sich darüber hinaus Foucaults Wahl des Ausgangspunktes für seine Analyse, nämlich die „konkreten Praktiken“ (Foucault 2004b: 15) des Regierens. Diese Herangehensweise hatte sich schon im Kontext der genealogischen Arbeiten bewährt, und Foucault hebt die entsprechende Analogie folgendermaßen hervor: „Gibt es hinsichtlich des Staates einen umfassenden Gesichtspunkt, so wie es den Gesichtspunkt der Disziplinen gibt hinsichtlich der lokalen und begrenzten Institutionen?“ [...] Kann man von etwas wie einer 'Gouvernementalität' sprechen, die für den Staat das wäre, was die Absonderungstechniken für die Psychiatrie waren, was die Disziplinartechniken für das Strafrechtssystem waren,

2 Vgl. zu diesen Mechanismen die klassische Analyse der Auswirkungen der Community Development Programme im Kontext der 'Great Society' Reformen unter Lyndon B. Johnson in Cruikshank 1999.

3 Mit Blick auf diese Konzeptionalisierung ließe sich also der Staat selbst als Strategie verstehen (vgl. Jessop 1990: 248 ff.).

was die Biopolitik für die medizinischen Institutionen war?“ (Foucault 2004a: 177, 180). Diese Herangehensweise lässt sich dahingehend zuspitzen, dass der Staat als „eine Praxis“ (ebd.: 400) bzw. als „zusammengewürfelte Wirklichkeit“ (ebd.: 163) und „nichts anderes als der bewegliche Effekt eines Systems von mehreren Gouvernementalitäten“ (Foucault 2004b: 115) erscheint. Diese Betonung der Praktiken bzw. Technologien des Regierens bewirkt nicht nur eine Abkehr von institutionalistischen Konzeptionalisierungen des Staates, sie impliziert auch eine Akzentverschiebung in der Art der Fragestellung. Anstelle des ‘Warum?’, welches laut Foucault in konventionellen staats-theoretischen Ansätzen im Vordergrund steht, interessiert sich die Analytik des Staates vor allem für Fragen des ‘Wie?’ Dementsprechend gilt das Interesse des Gouvernementalitätsansatzes weniger der Erklärung bestimmter arbeitsmarktpolitischer Programme mit Verweis auf die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen oder Klassen. Vielmehr gilt es zu klären, wie diese Programme konkret durchgeführt werden und auf welche Weise sie von Ministerien, Behörden und ‘Think Tanks’ reflektiert werden: „the means for the collection, collation, storage and retrieval of information about specific populations of clients; the design, layout and location of various offices; the procedures of reception of clients, and methods of queuing, interviewing and assessing them; the design and use of assets tests, eligibility criteria, waiting periods, forms of certification...“ (Dean 1999: 28).

Zusammenfassend lässt sich also Foucaults staatsanalytische Herangehensweise als dreifache Verschiebung beschreiben, die diesbezüglich eine starke Kontinuität im Hinblick auf die genealogischen Forschungen aufweist. Es geht darum,

„die Machtbeziehungen hinsichtlich der Institution freizulegen, um sie unter dem Gesichtspunkt der Technologien zu analysieren, sie ebenso hinsichtlich der Funktion freizulegen, um sie in einer strategischen Analyse wiederaufzunehmen, und sie hinsichtlich des Privilegs des Objekts flexibel zu machen, um zu versuchen, sie vom Standpunkt der Konstituierung der Felder, Bereiche und Wissensgegenstände zu positionieren. Wenn, was die Disziplinen anbelangt, diese dreifache Bewegung des Übergangs nach Außen gewagt wurde, dann ist es diese Möglichkeit, die ich jetzt hinsichtlich des Staates erforschen möchte“ (Foucault 2004a: 177).

Ausgehend von diesen methodischen Prämissen wird Foucault in seinen Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernementalität nachzeichnen, wie die Gouvernementalität der Staatsräson und des Merkantilismus den Polizeistaat hervorbringt, welcher sich wiederum mit der physiokratischen Kritik konfrontiert sieht. Ein entscheidender Wendepunkt in dieser Geschichte der reflektierten Praktiken des Regierens ist in der Folge das Aufkommen liberaler Regierungsrationalitäten, die erstmals als interne Begrenzung der Regierungsaktivität fungieren und stattdessen die Freiheit und Verantwortlichkeit der zu regierenden Individuen betonen, wobei erstere selbst zu Bestandteilen der Regierungspraxis werden (Rose 1999). Foucaults Vorlesungen schließen mit der Analyse zweier Formen des Neoliberalismus: Der Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule sowie dem Pendant der Chicago-School, welche auf der Grundlage der Vorstel-

lung von ‘Humankapital’ (Becker) Transformationen unterschiedlichster Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild ökonomischer Märkte und unternehmerischem Verhalten anregt. Hiervon betroffen ist nicht zuletzt auch die Sphäre der Politik, welche dementsprechend laut Foucault in der Gegenwart durch eine „‘Gouvernementalisierung’ des Staates“ (Foucault 2004a: 163) gekennzeichnet ist.

2. Das kritisch-analytische Potential des Gouvernementalitätsansatzes

Worin besteht nun die innovative Kraft einer solchen Sichtweise auf den Staat bzw. wodurch unterscheidet sich Foucaults Ansatz von existierenden staats-theoretischen Schulen wie etwa dem Institutionalismus oder der Public Choice Theorie? Im folgenden sollen zwei miteinander verbundene Aspekte hervorgehoben werden. Zunächst ist hier Foucaults Verschiebung in Richtung der Technologien des Regierens zu erwähnen. Aus dieser Perspektive erscheint insbesondere der Staat nicht länger als Ausgangspunkt und explanans staats-theoretischer Fragestellungen. Derartige Universalien sollen vielmehr nun als explanandum gelten, bzw. ihre Existenz soll zumindest nicht mehr vorausgesetzt werden: „Also nicht die Universalien befragen, indem ich als kritische Methode die Geschichte verwende, sondern von der Entscheidung der Nichtexistenz der Universalien ausgehen, um die Frage zu stellen, was für eine Geschichte man schreiben könnte“ (Foucault 2004b: 16). Staatlichkeit ist demnach nicht gegeben, sie muss erst geschaffen und immer wieder reproduziert werden, teils unter prekären Bedingungen, welche auch die Möglichkeit eines relativen oder vollständigen Scheiterns eines solchen Projektes implizieren. Was gemeinhin als ein monolithischer und stabiler Staatsapparat erscheint, verflüssigt sich so aus Foucaults Perspektive in die schon oben erwähnte historisch variable „zusammengewürfelte Wirklichkeit“, deren Integration und innere Konsistenz keineswegs gewährleistet ist. Bob Jessop, dessen Ansatz im nächsten Abschnitt noch ausführlicher behandelt wird, hat den Begriff des „state project“ (Jessop 1990: 9) geprägt, welches derartige Integrationsversuche beschreibt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Foucaults Abkehr von dem, was er als „‘Institutionalozentrismus’“ (Foucault 2004a: 175) bezeichnet, eine radikale Entsubstantialisierung und Historisierung des Staates zur Folge hat, dessen Reproduktion beständig von der Gefahr des Scheiterns bedroht ist und dessen Existenz somit auch als grundsätzlich fragwürdig erscheint.⁴ Foucault spricht in diesem Zusammenhang von Staat und Zivilgesellschaft als „Transak-

4 Vgl. in diesem Zusammenhang der kontrovers diskutierte Beitrag von Mitchell (1992), in dem erstmals eine derartige Foucaultsche Position hinsichtlich des Staates, allerdings mit Bezug auf *Überwachen und Strafen*, formuliert wird. Siehe auch Bendix et al. (1992) zur entsprechenden Kritik an der Infragestellung des Staates.

tionsrealitäten“, die „also gewissermaßen an der Schnittstelle der Regierenden und der Regierten entstehen“ (Foucault 2004b: 407) und analog zu Wahnsinn oder Sexualität zu verstehen seien. Auch hier lässt sich auf Jessop verweisen, der von „state effects“ (Jessop 1990: 7) spricht, welche unabhängig von der Frage der ontologischen Existenz des Staates zur Geltung kommen können.

Abgesehen von den kritischen Effekten, die aus dieser radikalen Entnaturalisierung von Staatlichkeit resultieren, enthält eine solch dezidiert nominalistische Perspektive auch die Möglichkeit einer strategischen Analytik des Staates. Falls es möglich ist, die globale Einheit des Staates als reinen ‘state effect’ zu entzaubern, hinter dem höchst disparate und widersprüchliche Gouvernamentalitäten bzw. state projects erkennbar werden, so erlaubt dies eine strategische Topographie der Konfliktlinien, welche in den ‘Staat’ eingeschrieben sind. Die Kenntnis dieser Konfliktlinien kann wiederum überaus instruktiv für Akteure sein, welche oppositionelle politische Projekte verfolgen und zu diesem Zweck etwa versuchen könnten, entsprechende ‘Risse’ innerhalb einer nur scheinbar monolithischen Exekutive für ihre eigenen Zielsetzungen auszunutzen. In jedem Fall ist eine solche Analytik geeignet, die Transformationspotentiale hinsichtlich der fragilen Existenz des ‘Staates’ und der verschiedenen Formen seiner Machtausübung zu betonen und zeitigt damit Effekte, die gerade das Gegenteil des ‘Betäubungseffekt’ (Foucault 2000: 234) darstellen, welcher nach Auffassung einiger Kommentatoren von Foucaults genealogischen Studien und insbesondere ihrer düsteren Rhetorik ausging, welche kaum Potentiale bewusster gesellschaftlicher Transformation zuzulassen schien.

Ein zweiter Aspekt, der zum innovativen kritisch-analytischen Potential des Gouvernamentalitätsansatzes beiträgt, besteht in der systematischen Ausweitung des Radius von staatsanalytischen Fragestellungen. Im Gegensatz zu etwa klassisch-institutionalistischen Herangehensweisen findet die Problematik des Regierens keineswegs ihre Grenze in den Ausläufern des Staatsapparates – wie auch immer dieser definiert sei. Vielmehr bleibt Foucault in dieser Hinsicht den machtanalytischen Annahmen der genealogischen Phase treu und versucht Staatlichkeit zu denken, ohne in dieser ein autonomes Zentrum der Macht zu sehen. Der Staat existiert immer innerhalb einer Infrastruktur von anderen Institutionen und Formen der Führung bzw. Technologien des Regierens, welche seine prekäre Existenz ermöglichen, jedoch auch in Frage stellen können (Foucault 1998). Insbesondere im Hinblick auf post-liberale Gouvernamentalitäten impliziert dies, dass auch Formen der Regierung ‘jenseits des Staates’ systematisch in entsprechende Analysen mit einzubeziehen sind (Miller/Rose: 1992). Die neo-liberale Transformation von Staatlichkeit lässt sich dann nicht nur als bloßer Rückzug des Staates verstehen, sondern als eine Verschiebung von ‘governance’, die dem Staat eine veränderte Rolle zuspricht und vor allem auf der Grundlage einer ‘Ermächtigung’ zivilgesellschaftlicher Akteure operiert. Im Hinblick auf zeitgenössische Gouvernamentalitäten neo-

liberaler Provinienz betont Foucault nicht so sehr das schwierige Zusammenspiel von staatlichen, para-staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und Institutionen, welches von der Governance-Forschung seit einiger Zeit detailliert analysiert wird. Stattdessen hebt Foucault die Korrespondenzen zwischen Formen neoliberalen Regierens und Selbstverhältnissen oder Identitäten hervor. In aller Deutlichkeit formuliert er diesen Zusammenhang im Rahmen einer 1983 gehaltenen Vorlesung: „The contact point, where the individuals are driven by others is tied to the way they conduct themselves, is what we can call, I think government“ (Foucault 1993: 203-4). So ließe sich etwa im Hinblick auf neoliberale Gouvernamentalitäten der Gegenwart argumentieren, dass unter dieser Art des Regierens Subjekte auf eine bestimmte Art und Weise angesprochen oder ‘interpelliert’ (Althusser) werden, welche die Herausbildung bestimmter Identitäten wie etwa die des ‘Unternehmer seiner Selbst’ als Unterart des *Homo Oeconomicus* fördert. Denn schließlich ist eine Gouvernamentalität, welche versucht, in gewisser Weise durch die freie Entscheidung der Individuen zu regieren, nur tragfähig, insofern die Individuen quasi aus eigenem Antrieb verantwortlichen und produktiven Gebrauch von dieser Freiheit machen (Bröckling et al. 2000). In diesem Zusammenhang ist die innovative Verquickung von Staats- und Selbsttransformationsprozessen hinsichtlich ihres analytischen aber auch genuin kritischen Potentials als Stärke des Ansatzes hervorzuheben. Denn schließlich suggeriert diese Verbindung, dass oppositionelle Praktiken auch und gerade auf dem Feld von Selbstverhältnissen, Identitäten und Rationalitäten, in welche erstere eingeschrieben sind, stattfinden können. Die Strategie oppositioneller politischer Projekte ist somit nicht notwendigerweise auf die Übernahme bzw. Zerschlagung des Staatsapparates ausgerichtet – eine Strategie, die schon Gramsci als ungeeignet für westliche Gesellschaften hielt. Es ist vielmehr die Ablehnung bestimmter Identitäten, die Weigerung auf eine bestimmte Art und Weise regiert zu werden, es sind die von Foucault wenn auch nur viel zu knapp besprochenen Verhaltensrevolten, welche hierdurch zur oppositionellen Praxis par excellence erhoben werden: „Wir müssen nach neuen Formen von Subjektivität suchen und die Art von Individualität zurückweisen, die man uns seit Jahren aufzwingt“ (Foucault 1982: 280).⁵ In Kombination mit der Berücksichtigung der prekären Existenz des Staates, die immer wieder durch rivalisierende Gouvernamentalitäten aufs Spiel gesetzt wird, welche wiederum durch Verhaltensrevolten der Regierten herausgefordert und problematisiert werden können, ergibt sich so das Bild

5 Hier muss jedoch erneut betont werden, dass derartige Zurückweisungen konstitutiv für bestimmte Regierungsrationalitäten sein können. So ließen sich neoliberale Vorstellungen bezüglich vermehrter Eigenverantwortung und -initiative durchaus auch als Reaktion auf entsprechende gesellschaftspolitische Forderungen oppositioneller Akteure der 60er und 70er Jahre verstehen, welche hiermit z.B. gegen einen als anonym und paternalistisch kritisierten Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit opponierten.

von Staatlichkeit als machtbeladenem, kontingentem und offenem Prozess, welches zumindest als kritisch-analytisches Potential in der Geschichte der Gouvernementalität enthalten ist. Jedoch droht dieses Potential in den Governmentality Studies oftmals nur einseitig verwirklicht zu werden.

3. Neo-Liberalismus und Governmentality Studies: Probleme und Forschungsperspektiven

Bei den Governmentality Studies handelt es sich um ein überaus heterogenes Forschungsparadigma, in dessen Rahmen Formen des Regierens auf unterschiedlichste Weise mit Bezug auf Foucauldianische Konzepte analysiert werden (Lemke 2000, Dean 1999: 4-5). Es steht außer Frage, dass diese lose zusammenhängende ForscherInnengemeinschaft wichtige und innovative Studien zur Frage von Staatlichkeit, Regierung und Führung vorgelegt hat. Jedoch werden gegenüber einigen Aspekten, welche einer Vielzahl dieser ansonsten vergleichsweise heterogenen Arbeiten gemeinsam sind, auch immer wieder teils schwerwiegende Bedenken vorgebracht (O'Malley et al. 1997, Lemke 2000). Im folgenden sollen diese Bedenken im Hinblick auf die Analyse der Gouvernementalität des Neoliberalismus thematisiert und aus der Perspektive der neo-marxistischen Staatstheorie Bob Jessops problematisiert werden. Zwar lassen sich die meisten jener Punkte auch aus anderen theoretischen Blickwinkeln heraus formulieren, doch Bob Jessops strategisch-rationale Staatstheorie steht dem Foucaultschen Ansatz in gewisser Hinsicht überraschend nah⁶ und die Kritik an den Governmentality Studies lässt sich analog zu Jessops Vorwürfen gegenüber anderen (neo-) marxistischen Staatstheorien verstehen.

Jessop beschäftigt sich seit über zwanzig Jahren mit staatstheoretischen Fragestellungen und hat zu Beginn der 90er Jahre eine seitdem immer weiter ausgearbeitete strategisch-rationale Staatstheorie formuliert, welche sich vor allem auf die Arbeiten Nicos Poulantzas' und dessen Verständnis von Staatlichkeit als sozialem Verhältnis stützt, darüber hinaus aber Elemente aus einer Vielzahl von Forschungstraditionen von Systemtheorie bis zu Regulationstheorie mit einbezieht (Jessop 2007).⁷ Dieser Ansatz, welcher Staatlichkeit aus dem Zusammenspiel von strategisch selektiven Strukturen und lernfähigen (Kollektiv-) Akteuren, die unterschiedliche Strategien verfolgen, zu erklären versucht, genügt laut Jessop einigen grundlegenden Kriterien, welche eine neo-marxistische Theorie des Staates erfüllen muss (Jessop 1990: 25). Hierzu gehören Anti-Reduktionismus, Anti-Essentialismus und Anti-Ökonomismus. Daneben sehen sich marxistische Ansätze laut Jessop jedoch auch immer wieder mit der

6 Vgl. Biebricher (2007) zu einer von Jessops Ansatz inspirierten Lesart von Foucaults Staatsanalytik sowie Lemke (2007b), der die Korrespondenzen hinsichtlich der strategischen Dimension von Staatlichkeit betont.

7 Die Theorie kann hier aus Platzgründen offensichtlich nicht detailliert dargestellt und analysiert werden. Vgl. jedoch die konzise Zusammenfassung in Kelly 1999.

Schwierigkeit konfrontiert, die unterschiedlichen Formen und Funktionen von Staatlichkeit in unterschiedlichen geographischen und historischen Kontexten zu erklären. Offensichtlich stellt diese Anforderung beispielsweise einen 'harten' Strukturalismus bzw. Funktionalismus, wie er von Poulantzas im Rahmen der berühmten Debatte zwischen ihm und Miliband vertreten wurde, vor erhebliche Probleme. Falls Staatlichkeit sich aus ihrer Funktionalität bezüglich der Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse ableiten lässt, dann kann diese Position – in Abwesenheit einer Typologie verschiedener Formen von Spätkapitalismus – kaum die beträchtlichen Unterschiede in Form und Funktion des Staates in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien erklären. Derartigen Perspektiven mangelt es also an theoretischer Auflösungskraft bzw. Tiefenschärfe, um die Bandbreite empirisch existierender Formen von Staatlichkeit adäquat zu erfassen. Stattdessen erscheinen Staat und Kapitalismus im schlimmsten Fall als globale Konzepte im Singular mit den entsprechenden Einbußen bezüglich ihres Erklärungspotentials und zweifelhaften politisch-strategischen Implikationen.

Eine ähnlich gelagerte Kritik hinsichtlich einer mangelnden historisch-geographischen Spezifität lässt sich nun auch gegenüber einer Vielzahl von Arbeiten in den Governmentality Studies formulieren. Die Problematik entspringt in diesem Fall aus einer fragwürdigen Konzeptionalisierung von Gouvernementalität im Allgemeinen und der des Neoliberalismus im Besonderen. Vor allem Thomas Lemke hat darauf hingewiesen, dass es sowohl aus theoretischen wie auch politischen Gründen notwendig wäre, im Hinblick auf das Konzept der Gouvernementalität „weniger die Kohärenz und Konsistenz als vielmehr die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit von Rationalitäten und Technologien herauszuarbeiten“ (Lemke 2000: 15). Dies kann beispielsweise mit Verweis auf die kontingenten Effekte sozialer Kämpfe auf gouvernementale Dynamiken und ihre Spezifität geschehen, doch jene Auseinandersetzungen finden in der entsprechenden Literatur bedenklicherweise nur vereinzelt Beachtung – wobei dieses Manko auch Foucaults eigenen Vorlesungen anzukreiden ist (Biebricher 2008). Zur Illustration der mangelnden Erklärungskraft einer monolithisch geronnenen Gouvernementalität lassen sich vielfältige Beispiele aus der Gegenwart heranziehen: Neoliberale Staatlichkeit wird weithin als durch eine zumindest tendenzielle zentrifugale Dynamik gekennzeichnet angesehen. Privatisierung und privat-öffentliche Partnerschaften zur Durchführung öffentlicher Aufgaben bewirken diesen Trend in Richtung der Verlagerung von Kompetenzen und Zuständigkeiten in Richtung der staatlichen Peripherie. Jedoch steht diesem Trend eine energische Konsolidierungs- und Zentralisierungsbewegung im Fall der US-Exekutive gegenüber – gemäß der Doktrin der 'unified executive' – welche im Gegensatz zu diesen Annahmen steht. Dies bedeutet nicht, dass der US-amerikanische Staat nicht auch durch Privatisierung etc. gekennzeichnet sei, wie etwa die Bedeutung privater Sicherheits-

firmen im Irak-Krieg veranschaulicht. Diese Widersprüchlichkeit muss jedoch theoretisch aufgearbeitet und nicht zugunsten einer Seite aufgelöst werden. Laut Foucault und den Governmentality Studies hat die zeitgenössische Gouvernementalität vor allem die Bevölkerung als Objekt, während die juristischen Gouvernementalitäten der Souveränität noch insbesondere das Staatsterritorium und dessen Sicherung als Gegenstand hatten. Diese Problematik erweist sich jedoch im Zusammenhang der derzeitigen Kontroversen um (illegale) Einwanderung sowohl in den USA als auch Europa als höchst aktuell. Foucault selbst hatte angeregt von einem „Dreieck“ der Machtformen Regierung, Disziplin und Souveränität auszugehen (Foucault 2004a: 161). Dementsprechend bedürfte die Heterogenität dieses ‘Dreiecks’ einer stärkeren Betonung. Im Zusammenhang mit der immer wieder – und zurecht – formulierten Diagnose einer ‘Verantwortlichmachung’ von formal freien neo-liberalen Subjekten kann eine ähnliche Einseitigkeit ausgemacht werden. Sicherlich trifft es zu, dass der Interpellation von Subjekten als verantwortliche und rationale Akteure, welche in ihre eigene Arbeitskraft investieren und sich um ihre private Altersvorsorge sorgen, zentrale gesellschaftliche Bedeutung zukommt und eine spezifische Form kapitalistischen Wirtschaftens ermöglicht. Andererseits darf jedoch diese Formierung rationaler und verantwortlicher Individuen nicht verabsolutiert werden, steht ihr doch gegenüber, was als systematische Entverantwortlichung bezeichnet werden könnte. Zuletzt hat Benjamin Barber eindringlich auf die immense Bedeutung eines „ethos of infantility“ (Barber 2007) in offensichtlichem Gegensatz zur protestantischen Arbeitsethik hingewiesen. Dieses Ethos ermutigt Individuen insbesondere in ihrer Rolle als Konsumenten zu dezidiert irrationalen und unverantwortlichem Verhalten. Die empirischen Auswirkungen jenes Ethos lassen sich in der Form von einer dramatisch steigenden Zahl von überschuldeten Haushalten vor allem, aber nicht nur in den USA besichtigen. Sogar die momentane Immobilien- und Kreditkrise kann schließlich zumindest in gewisser Weise auf jenes Ethos der Unverantwortlichkeit zurückgeführt werden. Steht sie doch im Zusammenhang mit aggressivem Marketing im Bereich der sogenannten ‘Sub-Prime’ Hypotheken, welches (zukünftige) Hausbesitzer in teils prekären finanziellen Umständen zu riskanten Hypothekenkrediten anriet. Kurz, der Anfachung libidinösen Verlangens und dessen sofortiger Befriedigung als Konsumenten, steht der verantwortungsbewusste und rationale Produzent und Klient von privaten Versicherungen gegenüber. Wird dem einen die Verwirklichung seiner Wünsche im Hier und Jetzt versprochen, sieht sich der andere etwa mit der Frage konfrontiert, welches Einkommensniveau er in dreißig Jahren aufrechterhalten möchte und welche Beiträge hierfür erforderlich sind.⁸ Diese Widersprüchlichkeiten

8 Am Rande sei hier auf eine weitere Widersprüchlichkeit hingewiesen, die sich aus der Betonung von freien, verantwortlichen Individuen und den Ergebnissen der zeitgenössischen

theoretisch zu erfassen, würde zu einer erheblichen Nuancierung der gouvernementalen Gegenwartsdiagnostik beitragen und in bester Foucauldianischer Manier zeigen, wie das ‘Scheitern’ von Technologien und Programmen, aber eben auch Identitäten durchaus erfolgreich sein kann. Schließlich würden die kapitalistischen Wirtschaftssysteme akut in ihrer Existenz bedroht, falls der rational-verantwortungsbewusste Akteur als Modell des Selbstverhältnisses sich tatsächlich durchsetzen sollte und nicht durch das hedonistisch-irrationalen Gegenmodell komplementiert würde, welcher die Gefahr von massiven Überproduktionskrisen in Schach hält. Diese Art von Widersprüchlichkeit, welche Foucault am Fall des Gefängnisses demonstriert hat, müsste also, nicht nur nach Einschätzung von Lemke, breiten Raum auf der Agenda der Governmentality Studies einnehmen (Larner 2000).

Wie ließe sich eine nuanciertere Lesart zeitgenössischer ‘neoliberaler’ Gesellschaften operationalisieren? Zweifellos würde dies eine größere interne Differenzierung der Kategorie ‘Neoliberalismus’ erforderlich machen, so dass nationale Unterschiede möglicherweise mit Verweis auf unterschiedliche Kombinationen von Elementen, die neoliberaler Gouvernementalität eigen sind bzw. einer Kombination unterschiedlicher Gouvernementalitäten erklärbar werden. Hier lohnt sich nun ein Blick auf die Art und Weise wie Jessop und andere neo-marxistische AutorInnen die neo-liberale Gegenwart in ihrer jeweiligen Spezifität zu erfassen versuchen: Jessop argumentiert auf der Basis einer Vorstellung von Liberalismus und damit auch Neoliberalismus als „complex, multifaceted phenomenon“ (Jessop 2002: 453). Die unterschiedlichen Elemente neoliberalen Regierens können demnach in historisch und geographisch variierenden Kombinationen auftreten. Jessop schlägt vor, diese Kombinationen mit Hilfe von vier Idealtypen zu analysieren (Neoliberalism, Neocorporatism, Neostatism, Neocommunitarianism): „Individual mixes depend on institutional legacies, the balance of political forces, and the changing economic and political conjunctures in which different strategies are pursued“ (ebd.: 461). So lässt sich etwa das *Flexicurity* Regime in Dänemark oder den Niederlanden als Kombination von aktiver öffentlicher Arbeitsmarktpolitik (neostatism) und neoliberalen Flexibilitätsdenken verstehen. Wohingegen die New Labor Regierung in Großbritannien eher durch eine Artikulation von neoliberalen und neokommunitaristischen Elementen gekennzeichnet ist. Auf diese Weise lassen sich auch ein Wiedererstarken des Staates, wie er derzeit für Deutschland diagnostiziert wird (Niejahr/Schmidt 2007) sowie die konsolidierte US-Exekutive thematisieren. Aufgrund einer einseitigen Überbetonung der neoliberalen Elemente blieben derartige Phänomene etwa in der klassischen Analyse des Regie-

Hirnforschung ergibt, welche altherwürdige Konzepte wie Bewusstsein und freien Willen Schritt für Schritt in Namen eines neuen Naturalismus auf biochemische Prozesse reduziert, welcher die Annahme rational-verantwortlicher Individuen zusehends fragwürdig erscheinen lässt.

rens 'jenseits des Staates' durch die Gouvernentalisten Miller und Rose außen vor (Curtis 1995) – welche somit ironischerweise die Skepsis bezüglich der Rolle des Staates in den frühen Werken Foucaults reproduzierten, die in den Vorlesungen zur Gouvernentalität ja gerade einer nuancierteren Betrachtung der spezifischen Bedeutung von Staatlichkeit gewichen war.

Zwar haben prominente Vertreter der Governmentality-Schule der Verwendung von Idealtypen eine Absage erteilt (Dean 1999: 58), diese Position sollte jedoch meiner Ansicht nach überdacht werden, handelt es sich doch um eine Forschungsstrategie, welche zumindest geeignet ist, einen Beitrag zu einer nicht-monolithischen Konzeptionalisierung von reflektierten Praktiken des Regierens in der Gegenwart zu leisten.

Zuletzt soll hier eine gewisse Fixierung der Governmentality Studies auf die Gouvernentalität des Neoliberalismus problematisiert werden. Selbstverständlich geht diese Gewichtung auch auf den breiten Raum zurück, welche die zwei weiter oben erwähnten Spielarten des Neoliberalismus in Foucaults Vorlesungen einnehmen.⁹ Allerdings scheint in diesem Zusammenhang die Frage angebracht, inwieweit der derzeitige Neoliberalismus – in seinen unterschiedlichen Varianten und Artikulationen – noch unter den Vorzeichen Foucaults eigener Analyse Ende der 70er Jahre verstanden werden kann. Zugespielt formuliert, gälte es zu klären, ob sich schon von einem zumindest in groben Konturen erkennbarem gouvernementalen Zeitalter „After Neoliberalism“ (Bevir 2007) sprechen ließe.¹⁰ Mit anderen Worten geht es hier ein weiteres Mal um die Notwendigkeit, eine übermäßig homogene Konzeptionalisierung von Gouvernentalität zu vermeiden, in diesem Fall jedoch nicht auf der synchron-geographischen sondern der diachron-temporalen Ebene. Dies kann sowohl durch die Postulierung einer post-neoliberalen Gouvernentalität als auch insbesondere durch eine interne temporale Differenzierung der Kategorie Neoliberalismus geschehen. Welche empirischen Phänomene ließen sich zur Illustration einer 'neuen' Gouvernentalität anführen? Sicherlich kann hier etwa auf die schon oben angesprochene 'Wiederkehr' des Staates im deutschen Kontext und einige andere schon erwähnte Punkte verwiesen werden. Darüber hinaus sei auf die politische Entwicklung in Australien hingewiesen, welches neben Neuseeland lange als neoliberale Bastion galt, in jüngster Zeit jedoch trotz beträchtlichem Wirtschaftswachstum eine amtierende Regierung abwählte, was politische Beobachter auch auf eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung bezüglich des Deregulierungs- und Privatisierungskurs der Regierung zurückführten (Sprothen, 2007). Nun wäre es natürlich

9 Vgl. Biebricher (2008) zu einer Problematisierung von Foucaults Geschichte der Gouvernentalität hinsichtlich der in diesem Abschnitt angesprochenen Punkte.

10 Bevir verweist in seinem Aufsatz auf die weit größere Wertschätzung von 'community' gegenüber dem Individuum, die mit der Transformation von Neoliberalismus nach Thatcher und insbesondere unter Tony Blairs New Labor Regierung einhergeht.

vorschnell, derartige Tendenzen allein schon zum Anlass zu nehmen, den Neoliberalismus für tot zu erklären, schließlich finden solche und ähnliche Korrekturprozesse wie etwa der derzeitige Versuch einer stärkeren Regulierung des Bankensektors in den USA immer wieder statt, ohne dass dies eine grundsätzliche Abkehr von neoliberalen Praktiken bedeuten müsste. Um so mehr bedarf es jedoch zumindest einer Konzeptionalisierung von Neoliberalismus als Prozess, um solche Tendenzen und Gegentendenzen adäquat zu erfassen. Auch hier lohnt sich der Blick auf die Art und Weise, wie Jessop – aber auch Jamie Peck und andere – das Phänomen Neoliberalismus zu analysieren versuchen. Ersterer betont etwa in beinahe neo-institutionalistischer Manier die unterschiedlichen 'Pfade', denen die Entwicklung des Neoliberalismus im Zusammenhang mit gouvernementalen Krisen und deren Bewältigung folgen können (Jessop 2002: 457).

Noch eingehender haben jedoch Peck und Tickell die temporale Dimension von Neoliberalismus behandelt. Sie schlagen eine Einteilung in Phasen ein, welche von einem Proto-Neoliberalismus in den Werken von Hayek und anderen über den 'Roll Back' Neoliberalismus des Thatcherismus und der ' Reagan Revolution' bis hin zum 'Roll Out' Neoliberalismus im Rahmen des 'Dritten Weges' oder unter den New Democrats in den USA reicht (Peck/Tickell 2002: 387ff.) – wobei diese Periodisierung offensichtlich bis in die Gegenwart weiterentwickeln wäre.¹¹ Allerdings erfasst diese Phaseneinteilung vor allem den anglo-amerikanischen Entwicklungspfad, der von einer weit radikaleren Regimetransformation im Rahmen des 'Roll Back' Neoliberalismus gekennzeichnet ist als dies in den kontinentaleuropäischen und skandinavischen Gesellschaften der 80er Jahre der Fall war. Wie Jessop zutreffenderweise anmerkt, findet in jenen Fällen kein neoliberaler „regime shift“, sondern nur ein entsprechendes „policy adjustment“ in Reaktion auf einen krisenhaftes fordistisches Produktionsregime statt. Diese 'Neujustierung' bedarf dementsprechend nicht in gleichem Maße einer Konsolidierung auf der Basis des 'Roll Out' Neoliberalismus (Jessop 2002: 458).

Erschöpfende Typologisierungen und Periodisierungen von Neoliberalismus sind kein Wert an sich. Nach der hier vertretenen Auffassung handelt es sich jedoch um überaus wichtige Methoden bzw. Heuristiken, bei denen es um mehr geht als die Frage, wann genau ein post-neoliberales Zeitalter der Gouvernentalität anbricht. Was auf dem Spiel steht, ist die Fähigkeit, im Rahmen dessen, was Foucault als „historische Ontologie unserer selbst“ (Foucault 1994b: 275) bezeichnet hat, herauszuarbeiten, was unser Heute vom Gestern

11 'Roll Back' Neoliberalismus betont die Unterminierung bzw. Abschaffung nicht marktförmiger Institutionen bzw. Institutionen, die das Wirken von Märkten beschränken. 'Roll Out' Neoliberalismus regiert auf die Schwierigkeiten des Regierens derart individualisierter Gesellschaften auf Marktbasis durch Versuche, flankierende Institutionen (Familie, Nachbarschaft, Regulierungsbehörden, Glaubensgemeinschaften) zu schaffen bzw. wiederzubeleben.

unterscheidet, mit anderen Worten die historisch-geographische Spezifität der reflektierten Praxis der Regierung. In dieser Frage nach dem, was unsere Gegenwart in ihrer Aktualität ausmacht, und ob diese Gegenwart notwendigerweise so sein muss, wie sie ist, sah Foucault das Ethos der Kantischen Aufklärung am Werk, welches er auch zuletzt für seine eigenen Forschungen in Anspruch genommen hat (Foucault 1990).

4. Schlussfolgerungen

Foucaults Konzeptionalisierung von Staatlichkeit auf der Basis von historisch variablen reflektierten Praktiken des Regierens, welche sich vor allem für Fragen des 'Wie' interessiert und den Staat als „zusammengewürfelte Wirklichkeit“ betrachtet, um ihn einer strategischen Analyse zu unterziehen, kann eine Vielzahl von kritisch-analytischen Stärken bescheinigt werden. Der 'Staat' erfährt eine radikale Entsubstantialisierung ist er doch vor allem als Effekt von bestimmten gouvernementalen Praktiken zu begreifen. Er wird als historisch variables und äußerst prekäres Konglomerat von Praktiken des Regierens betrachtet, in denen Technologien, Wissen, Reflexionsformen und Rationalitäten auf immer wieder unterschiedliche Weise zusammenspielen. Der Staat *ist* niemals, er *wird* beständig. Für eine hegelianisch-metaphysische Überhöhung des Staates wie auch andere Formen von Essentialismus bietet dieser Ansatz keinerlei Raum. Vielmehr ist Staatlichkeit ein von Kontingenz und dem erratischen Spiel von Macht und Widerstand geprägter Prozess. Analytisch gesehen besteht die Innovationskraft des Ansatzes etwa im Vergleich zu unterschiedlichen (Neo-) Institutionalismen in der Umkehrung der Fragestellung hinsichtlich explanans und explanandum: Geht der Institutionalismus vom Staat als Institutionenensemble aus, um das Verhalten von Akteuren zu erklären und setzt dabei oftmals Konzepte von Staat und Zivilgesellschaft implizit voraus, so geht es dem Gouvernementalitätsansatz um eine Entnaturalisierung solcher 'Universalien', wie Foucault sie bezeichnet, welche gerade der Erklärung bedürfen. Darüber hinaus liegt das analytische Innovationspotential des Gouvernementalitätsansatzes in seiner engen Verknüpfung von staatlich-politischer Regierung und Selbstführung, welche die – allerdings immer unzureichende – Korrespondenz zwischen Formen des Regierens und bestimmten Identitätsmodellen wie dem *Homo Oeconomicus* hervorhebt.

Der kritisch-politische Aspekt des Forschungsprogramms zeigt sich vor allem in seiner Betonung der Rolle sozialer Kämpfe und der prinzipiellen Veränderbarkeit von staatlichen Formen und der entsprechenden Machtausübung aufgrund interner 'Risse' im vermeintlich monolithischen Gebäude des Staates. Oppositionelle politische Praxen erscheinen so zumindest als möglich und nicht a priori sinnlos: „These things have been made, they can be unmade, as long as we know how it was that they were made“ (Foucault 1994c: 127).

Das so bezeichnete kritisch-analytische Potential des Ansatzes läuft jedoch Gefahr, nicht voll ausgeschöpft zu werden, was im vorliegenden Beitrag vor allem auf eine problematisch homogene Konzeptionalisierung von Gouvernementalität aber auch einer gewissen Fixierung auf die des Neoliberalismus zurückzuführen ist.

In der hier vorgebrachten Kritik geht es vor allem darum, ein höheres Maß von historisch-spezifischer Tiefenschärfe von Seiten des Gouvernementalitätsansatzes anzumahnen, etwa durch die diachrone Verflüssigung von Neoliberalismus in einen Prozess mit verschiedenen Stadien, wobei dessen aktuelle Phase möglicherweise über diese Gouvernementalität hinaus verweist, oder aber durch eine Betonung der Widersprüchlichkeit innerhalb bzw. zwischen simultan existierenden Gouvernementalitäten. Hierdurch erscheint es möglich, die nationalen, regionalen und historischen Unterschiede in den konkreten Ausformungen eines generisch verstandenen Neoliberalismus besser auszuleuchten und auf dieser Basis könnte der Gouvernementalitätsansatz auch als ernstzunehmende Alternative im Feld der Theorien der Komparatistik von Public Choice bis Institutionalismus gelten.¹² Bis dato haben sich die Governmentality Studies einer solchen konstruktiven Auseinandersetzung jedoch in einer „Art selbstgewähltem theoretischem Isolationismus“ (Lemke 2000: 18) weitgehend entzogen. Dass hierdurch „wichtige Weiterentwicklungen und notwendige Korrekturen dieser Forschungsperspektive“ (ebd.) verhindert werden, ist zu befürchten. Der vorliegende Artikel versteht sich daher nicht zuletzt als Beitrag zu einer solch produktiven Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Herangehensweisen an die Problematik von Staatlichkeit, von der die Governmentality Studies in der Verfeinerung ihres analytischen Instrumentariums im Abgleich mit konkurrierenden Ansätzen letztendlich nur profitieren können.

Literatur

- Barber, Benjamin (2007): *Consumed. How Markets Corrupt Children, Infantilize Adults and Swallow Citizens Whole*, New York.
- Bendix, John et al. (1992): Going Beyond the State: Comments on Mitchell, in: *American Political Science Review* 86, S. 1007-1021
- Bevir, Mark (2007): *After NeoLiberalism? Institutionalism and the Third Way*. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.
- Biebricher, Thomas (2005): *Selbstkritik der Moderne. Foucault und Habermas im Vergleich*. Frankfurt/M.
- Biebricher, Thomas (2007): Habermas and Foucault: Deliberative Democracy and Strategic State Analysis, in: *Contemporary Political Theory* 6, S. 218-245.
- Biebricher, Thomas (2008): Genealogy and Governmentality (forthcoming in *Journal of the Philosophy of History*).

12 Peck/Tickell betonen in diesem Zusammenhang zurecht: „adequate conceptualisations must be attentive to *both* the local peculiarities and the generic features of neoliberalism“ (Peck/Tickell: 388).

- Bröckling, Ulrich et al. (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.
- Cruikshank, Barbara (1999): *The Will to Empower. Democratic Citizens and Other Subjects*. Ithaca/London.
- Curtis, Bruce (1995): Taking the State Back Out: Rose and Miller on Political Power, in: *British Journal of Sociology* 46, S.575-589.
- Dean, Mitchell (1999): *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London.
- Foucault, Michel (1990) [1983]: Was ist Aufklärung, in: Eva Erdmann / Rainer Forst / Axel Honneth (Hrsg.): *Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung*, Frankfurt/M., S.35-54.
- Foucault, Michel (1993) [1980]: About the Beginnings of the Hermeneutics of the Self, in: *Political Theory* 21, S.198-227.
- Foucault, Michel (1994a) [1982]: Das Subjekt und die Macht, in: Hubert Dreyfus / Paul Rabinow (Hrsg.): *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Frankfurt/M., S. 241-261.
- Foucault, Michel (1994b) [1983]: Zur Genealogie der Ethik: Ein Überblick über laufende Arbeiten, in: Hubert Dreyfus / Paul Rabinow (Hrsg.): *Michel Foucault*, Frankfurt/M., S.264-292.
- Foucault, Michel (1994c) [1983]: Critical Theory/Intellectual History, in: Michael Kelly (Hrsg.): *Critique and Power. Recasting the Foucault/Habermas Debate*, Cambridge, S.109-138.
- Foucault, Michel (2000) [1978]: Questions of Method, in: James Faubion (Hrsg.): *Michel Foucault. Power*, New York, S. 223-238.
- Foucault, Michel (2004a) [1978]: *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt/M.
- Foucault, Michel (2004b) [1979]: *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt/M.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*, Pennsylvania.
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, Neoliberalism, and Urban Governance: A State-Theoretical Perspective, in: *Antipode* 34, S. 452-472.
- Jessop, Bob (2007): *State Power: A Strategic-Relational Approach*, Cambridge.
- Kelly, Duncan (1999): The Strategic-Relational View of the State, in: *Politics* 19, S. 109-115.
- Larner, Wendy (2000): Neo-liberalism: Policy, Ideology, Governmentality, in: *Studies in Political Economy* 63, S. 5-25.
- Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies, in: *Politische Vierteljahresschrift* 41, S. 31-47. (zitiert aus der Online-Version: www.thomaslemkeweb.de)
- Lemke, Thomas (2007a): *Gouvernementalität und Biopolitik*, Wiesbaden.
- Lemke, Thomas (2007b): Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung, in: Susanne Krasmann / Michael Volkmer (Hrsg.): *Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften*. Internationale Beiträge, Bielefeld, S. 47-74.
- Mitchell, Timothy (1991): The Limits of the State: Beyond State Theories and their Critics, in: *American Political Science Review* 85, S.77-96.
- Niejahr, Elisabeth / Schmidt, Thomas E. (2007): Es war nicht alles schlecht, in: *DIE ZEIT* 35, S.3.
- O'Malley, Pat et al. (1997): Governmentality, criticism, politics, in: *Economy and Society* 26, S. 501-517.
- Peck, Jamie / Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space, in: *Antipode* 34, S. 380-404.
- Rose, Nikolas (1999): *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*, Cambridge.
- Rose, Nikolas / Miller, Peter (1992): Political Power beyond the State: Problematics of Government, in: *The British Journal of Sociology* 43, S.173-205.
- Saar, Martin (2007): Macht, Staat, Subjektivität. Foucaults Begriff und Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext, in: Susanne Krasmann / Michael Volkmer (Hrsg.): *Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften*, Bielefeld, S. 23-46.
- Sprothen, Vera (2007): Obwohl die Wirtschaft blüht, droht der Regierung die Abwahl, in: *DIE ZEIT* 48, S. 36.

Jürgen Hoffmann, Rudi Schmidt

Der Streik der Lokführer-Gewerkschaft GDL Anfang vom Ende des deutschen Systems der industriellen Beziehungen?

Kaum ein Ereignis hat die allgemeine Öffentlichkeit und insbesondere linke Gruppierungen so nachhaltig beschäftigt wie der monatelange Tarifkonflikt zwischen der Lokführergewerkschaft GDL und der Deutschen Bahn vom Juli 2007 bis zum März 2008. Die radikalen Forderungen und die radikalen Mittel beflügelten die Phantasie mancher Systemkritiker, die in dem ökonomischen schnell schon einen politischen Kampf sehen wollten und uneingeschränkte Solidarität forderten (siehe www.bahnstreik-soli.de)¹. Seitdem wurde erbittert darüber gestritten, ob die GDL nun Speerspitze einer sich erneuernden Gewerkschaftsbewegung sei, die sich gegen den neoliberalen Kapitalismus formiere oder Spalterorganisation mit egoistischen Organisationsinteressen. Mit unserem Beitrag wollen wir zur Versachlichung der Diskussion beitragen, die häufig recht informationsarm geführt worden, durch Mythen angereichert und von projektiven Erwartungen bestimmt gewesen ist.

In den letzten zehn Jahren sind bei der Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik zwei organisationspolitische Tendenzen deutlich geworden: Auf der einen Seite haben sich Gewerkschaften – im wesentlichen aufgrund finanzieller Probleme, die durch die Vereinigung entstanden sind – zu größeren Einheiten zusammen geschlossen, sei es in Form der Fusion von einzelnen Industrie-, Status- und Unternehmensgewerkschaften wie im Falle von Verdi und IG BCE (vgl. dazu Waddington et al. 2005, Kahmann 2004), sei es in Form des Anschlusses einzelner Industriegewerkschaften an große Einzelgewerkschaften wie im Falle von Holz/Kunststoff und Textil, die sich der IG Metall angeschlossen haben. Diese neuen, multisektoralen Gewerkschaften bemühen sich zwar, den differenzierten Interessen ihrer alten und neuen Mitglieder durch die Erhöhung organisatorischer Komplexität ent-

1 Typisch dafür Thiess Gleiss, Mitglied im Bundesvorstand der Partei 'Die Linke': „Der Arbeitskampf der GDL beginnt grundsätzliche und politische Dimensionen anzunehmen, die ihn nicht nur auf die höchste Stufe der gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfe der jüngeren Geschichte in Deutschland heben, sondern die jede Gewerkschaft, jeden Linken und jede Linke zu eindeutiger Positionierung und aktiver Kampfunterstützung verpflichten. (...) Hier und jetzt findet der politische Streik statt, in dessen Dienst sich die Linke und DIE LINKE stellen muss“ (Stellungnahme v.14.11.07, in: www.bahnstreik-soli.de).